

Zweiklassengesellschaft abschaffen

SPD-Stadtverband kritisiert uneinheitliche Vergütung am Bezirkskrankenhaus

BAYREUTH

Der Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Bayreuth, Dr. Michael Struck, sprach sich in einer Presseerklärung der SPD Bayreuth dafür aus, dass in Zukunft auch im Bezirkskrankenhaus (BKH) Bayreuth die Zweiklassen-Praxis bezüglich der Vergütung von Angestellten abgeschafft werden müsse.

Im Klinikum Bayreuth habe man diese Problematik erkannt und in Folge dessen die Servicegesellschaft abgeschafft. Nun bestehe im BKH Bayreuth ebenfalls dringender Handlungsbedarf. Es sei ein Skandal, dass das BKH laut Presseberichten erhebliche Schwierigkeiten habe, ausgeschriebene Pflegestellen neu zu beset-

zen. Struck erläuterte, dass quantitative Mängel gerade in diesem sensiblen Bereich nicht kompensiert werden könnten, da das Gespräch zwischen Patient und Pflegekraft einer der Grundpfeiler der Suizidprävention und der wichtigste Baustein einer vertrauensvollen Beziehungsarbeit in der Psychiatrie seien. Zu wenig bekannt sei die Tatsache, dass das BKH Bayreuth sogar im Kreise der bayerischen Bezirkskliniken einen Sonderfall bezüglich der Pflegevergütung darstelle.

Es sei zudem unerträglich, wie die stellvertretende Vorsitzende Tina Krause erläuterte, dass ein unfairer Wettbewerb um Pflegekräfte zwischen den Kliniken in Bayreuth zu Lasten der Patienten drohe. Zudem könnten nur durch eine einheitliche Bezahlung nach dem TVöD junge Absolventen

der Pflegeschulen in der Region gehalten werden. Bayreuth müsse auch am BKH um seinen Rang als medizinisches Oberzentrum kämpfen.

Die Bayreuther SPD werde deshalb die Gewerkschaften Verdi und LBB unterstützen, und hat daher am heutigen Samstag ab 10 Uhr einen Stand in der Bayreuther Innenstadt angemeldet.

„Durch Präsenz in der Stadt kann man den Leuten verständlich machen, dass diese ungleiche Lohnpolitik mit ihren Auswirkungen für jeden Bürger Nachteile hat, wenn er medizinisch versorgt werden muss und das Personal fehlt“, heißt es in der Pressemitteilung. Die SPD Bayreuth möchte so öffentlich zu kommunalpolitischen Belangen Stellung nehmen und mit den Bürgern in Dialog treten. red